

BR/GT I/119 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

AIDE-MEMOIRE

zu den Beratungen der Arbeitsgruppe I
(Luxemburg - 14./17. September 1971)
über die Bestimmungen, die in der 9. Sitzung
der Arbeitsgruppe weitergeprüft werden müssen

1. Die Arbeitsgruppe I hat in der 8. Sitzung, die vom 14. bis zum 17. September 1971 unter dem Vorsitz des Präsidenten des Deutschen Patentamts, Herrn Dr. HAERTEL, und unter Teilnahme der Sachverständigen der Justizministerien in Luxemburg stattgefunden hat, in bezug auf einige von ihr erörterte Bestimmungen des Vorentwurfs des Uebereinkommens und des Vorentwurfs der Ausführungsordnung beschlossen, diese Bestimmungen in der nächsten Sitzung vom 12. bis 22. Oktober 1971 in Luxemburg weiterzuprüfen.

Es handelt sich um folgende Bestimmungen:

- Artikel 15 und 16 des Uebereinkommens sowie die Nummern 1, 2, 3 und 4 zu Artikel 16 der Ausführungsordnung (Teil I);
- Nummer 1 zu Artikel 63 der Ausführungsordnung (Teil II);

- Artikel 136 des Uebereinkommens und die Nummern 1, 3, 4, 5, 6 und 7 zu Artikel 136 der Ausführungsordnung (Teil III);

- Nummer 7 zu Artikel 145 der Ausführungsordnung (Teil IV)

2. Um die Vorbereitung der Arbeiten zu erleichtern, wird im vorliegenden Aide-mémoire für die Delegationen der Arbeitsgruppe I ein zusammenfassender Ueberblick über die Beratungen gegeben, die bei der Prüfung dieser Bestimmungen stattgefunden haben (1).

I

Artikel 15 (Recht auf Erlangung eines Patents)

Artikel 16 (Patentanmeldung durch Nichtberechtigte)

Nummern 1 bis 4 zu Artikel 16

3. Der Gruppe sind zu diesen Bestimmungen Vorschläge von folgenden Delegationen unterbreitet worden:

- deutsche Delegation (Dok. BR/GT I/114/71, Seiten 1 bis 4)
- französische Delegation (Dok. BR/GT I/115/71, Anlage I, Seiten 1 bis 7, und Anlage II, Seite 1)
- niederländische Delegation (Arbeitsunterlage Nr. 3 vom 15.9.1971)
- schwedische Delegation (Dok. BR/GT I/110/71)
- Delegation des Vereinigten Königreichs (Dok. BR/GT I/112/71, Seiten 1 und 2).

-
- (1) Der Bericht über die 8. Sitzung der Arbeitsgruppe I, der für die Delegationen der Konferenz erstellt wird, wird Gegenstand des Dokuments BR/132/71 sein. In dem Bericht werden die Beratungen betreffend die Artikel, die in dem vorliegenden Aide-mémoire behandelt sind, nicht wiedergegeben.

4. Die Gruppe hat die verschiedenen ihr unterbreiteten Vorschläge nicht im einzelnen geprüft, sondern sich darauf beschränkt, einige Grundsatzfragen zu erörtern. Es handelt sich um folgende Fragen:
- A. Regelung des Rechts auf Erlangung des europäischen Patents im Uebereinkommen (Artikel 15)
 - B. Tragweite der Rechte, die einer Person zuzuerkennen sind, deren Recht auf Erlangung eines europäischen Patents festgestellt worden ist:
 - a) während des Erteilungsverfahrens (Artikel 16)
 - b) während des Einspruchsverfahrens (Artikel 101 a)
 - c) gegebenenfalls im Falle von Nichtigkeitsklagen gegen ein erteiltes Patent (Artikel 133).

A. REGELUNG DES RECHTS AUF ERLANGUNG DES EUROPÄISCHEN PATENTS IM UEBEREINKOMMEN (Artikel 15)

5. Die Gruppe hat sich zunächst mit der Frage befasst, ob im Uebereinkommen Bestimmungen vorgesehen werden sollen, durch die festgelegt wird, wem das Recht auf Erlangung des europäischen Patents zusteht und welche Folgen sich aus diesen Bestimmungen für das Erteilungsverfahren vor dem Europäischen Patentamt ergeben.

Vier theoretisch mögliche Lösungen sind geprüft worden:

a) Erste Lösung

6. Einer ersten Lösung zufolge würde Artikel 15 Absatz 1 gestrichen und die Definition des Rechts auf Erlangung des Patents voll und ganz den nationalen Rechtsvorschriften überlassen. Vor dem Europäischen Patentamt würde nur der Anmelder als berechtigt gelten, das Patent im Erteilungsverfahren zu erlangen. Eine Person, die ihr Eigentumsrecht an der Erfindung geltend machen will, könnte vor dem nationalen Gericht Klage erheben, die Anerkennung ihres Rechts könnte aber erst nach der Erteilung des Patents Wirkung erlangen.

7. Die Gruppe war der Ansicht, dass diese Lösung vor allem in Anbetracht der beiden nachstehenden Einwände kaum in Aussicht genommen werden kann:

- die Person, deren Recht auf das Patent durch ein nationales Gericht festgestellt worden ist, müsste das Ende des Erteilungsverfahrens abwarten, um dieses Recht auszuüben;
- sie müsste ferner vor den nationalen Gerichten so viele Klagen erheben, wie in dem erteilten Patent Staaten benannt sind.

b) Zweite Lösung

8. Eine zweite Lösung könnte darin bestehen, dem Europäischen Patentamt die zentrale Zuständigkeit zu geben, darüber zu befinden, wem das Recht auf das Patent zusteht.
9. Da es unmöglich ist, die Rechtsvorschriften im Bereich des geistigen Eigentums aller europäischer Staaten zu vereinheitlichen, die möglicherweise dem Übereinkommen beitreten, müsste in Artikel 15 des Übereinkommens bestimmt werden, welches nationale Recht in jedem einzelnen Falle anwendbar ist. Das Europäische Patentamt müsste folglich je nach Lage des Falles etwa 20 unterschiedliche nationale Rechte anwenden, was praktisch unmöglich ist, wenn man an dem bisher in Aussicht genommenen Charakter und Aufbau des Patentamts festhalten will.

Zu diesem auf praktischen Erwägungen beruhenden Einwand kommt nach Ansicht einiger Delegationen der grundsätzliche Einwand hinzu, dass über die Streitigkeiten in einer Sache, die traditionell in den Bereich des Eigentumsrechts fällt, von anderen Stellen als den nationalen Zivilgerichten entschieden wird.

Die Gruppe vertrat aus all diesen Gründen die Ansicht, dass die zweite Lösung nicht gewählt werden dürfte.

c) Dritte Lösung

10. Kann sich eine Person vor dem Europäischen Patentamt auf eine rechtskräftige nationale Entscheidung berufen, in der ihr Recht auf das europäische Patent festgestellt wird, so würde diese Person - einer dritten Lösung zufolge - im Erteilungsverfahren vor dem Patentamt mit Wirkung für alle in der Anmeldung benannte Staaten an die Stelle des ersten Anmelders treten.

Diese Lösung würde allen interessierten Personen die Möglichkeit offen lassen, das Recht auf das europäische Patent nach dessen Erteilung vor den zuständigen nationalen Gerichten der anderen benannten Staaten als denen geltend zu machen, in denen die Entscheidung entweder ergangen oder anerkannt worden ist.

Mehrere Delegationen äusserten ihr Interesse an dieser Lösung.

11. Zunächst wurde bemerkt, dass diese Lösung keinen übermässigen Eingriff in die nationalen Rechte zur Folge hat. Die Wirkung einer Entscheidung, die das Gericht eines Vertragsstaats erlässt, gegenüber den in der Anmeldung benannten Staaten wäre im Stadium des Patenterteilungsverfahrens vor dem Patentamt nur begrenzt. Es brauchte folglich keine konventionelle Regelung zur automatischen Anerkennung solcher Entscheidungen zwischen den Vertragsstaaten des Uebereinkommens vorgesehen zu werden.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass bei der Wahl dieser Lösung in das Uebereinkommen möglichst weitgehende Bestimmungen über die Frage aufgenommen werden müssten, wem das Recht auf die Erfindung zusteht, und dort dann auch auf jeden Fall genau geregelt werden müsste, welches Recht anwendbar und welches Gericht zuständig ist.

12. In bezug auf die Kriterien, die zur Bestimmung des Staates vorgesehen werden könnten, dessen Gerichte in jedem einzelnen Falle zuständig wären, wurde von einer Delegation folgende Lösung vorgeschlagen:

- wohnen die an einer Streitsache Beteiligten im selben Staat, sind die Gerichte dieses Staates zuständig;
- betrifft die Streitsache einen Arbeitsvertrag, so sind die Gerichte des Staates zuständig, dessen Rechtsvorschriften gemäss Artikel 15 auf diesen Vertrag anwendbar sind;
- betrifft die Streitsache eine widerrechtliche Entnahme, so sind die Gerichte des Staates zuständig, in dem die widerrechtliche Entnahme erfolgt ist;
- betrifft die Streitsache einen - vertraglich oder nicht-vertraglich geregelten - Uebergang des Rechts auf Erlangung des Patents, so sind die Gerichte des Staats zuständig, dessen Rechtsvorschriften auf den Rechtsübergang anwendbar sind;
- in allen anderen Fällen sind die Gerichte des Sitzstaates des Europäischen Patentamts zuständig.

13. Die Gruppe hat sich vor allem mit dem Fall eines Streits über das Recht auf das Patent zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer befasst, der in der Praxis am häufigsten vorkommt. Ein detaillierter Vorschlag in bezug auf diesen Fall war in dem Vorschlag der französischen Delegation ausdrücklich vorgesehen. Die deutsche und die niederländische Delegation traten dafür ein, eine Bestimmung aufzunehmen, nach der das Recht des Staates anzuwenden ist, in dem der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist.

Das gleiche Kriterium - nämlich das des Ortes, an dem der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist - ist von der Delegation des Vereinigten Königreichs vorgeschlagen worden, die jedoch anregt, dass die nationalen Rechtsvorschriften Anwendung finden, die das zuständige Gericht anwenden würde. Eine Delegation hat zu diesem Vorschlag Einwände vorgebracht und darauf hingewiesen, dass sich bei der Bestimmung des anwendbaren Rechts Zweifel ergeben könnten, da unter den Rechtsvorschriften, die das Gericht anwenden würde, auch die das jeweilige Land betreffenden Bestimmungen des internationalen Privatrechts zu verstehen seien.

14. Schliesslich wurde bemerkt, dass diese Lösung auch auf Nichtvertragsstaaten angewandt werden könnte, wenn die geplanten Vorschriften die Möglichkeit vorsehen, dass die Rechtsvorschriften eines Nichtvertragsstaats angewandt werden oder dass die Gerichte eines solchen Staates zuständig sind.

c) Vierte Lösung

15. Eine vierte Lösung, die von der deutschen Delegation unterstützt wurde, sieht folgendes vor: Kann sich eine Person auf eine rechtskräftige Entscheidung berufen, in der ihr Recht auf das europäische Patent anerkannt wird, so kann sie in bezug auf dieselbe Erfindung für den in der früheren Anmeldung benannten Staat, in dem die Entscheidung Wirkung hat, sowie für die übrigen benannten Staaten, in denen die Entscheidung anerkannt worden ist, eine neue Anmeldung einreichen, die in den Genuss des Anmeldetags oder der Priorität der früheren Anmeldung gelangt.

Die früher eingereichte Anmeldung gilt für alle benannten Staaten, in denen die Entscheidung Wirkung hat oder anerkannt worden ist, mit dem Zeitpunkt der neuen Anmeldung als zurückgenommen. Der erste Anmelder kann die frühere Anmeldung für die übrigen Staaten aufrechterhalten und das Erteilungsverfahren kann fortgesetzt werden.

16. Diese Lösung ist in theoretischer Hinsicht klar und vermeidet jeglichen Eingriff in die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten.

Allerdings wurde auf einige praktische Schwierigkeiten hingewiesen:

- Es könnte sich als schwierig erweisen, ein einheitliches Erteilungsverfahren mit zwei Anmeldern fortzuführen, die sich in einer Streitsache gegenüberstehen;
- Ähnliche Schwierigkeiten könnten sich ergeben, wenn das Recht, das dem zweiten Anmelder zuerkannt worden ist, auf einen Teil des Gegenstands der früheren Anmeldung beschränkt ist.

Die deutsche Delegation war jedoch der Ansicht, dass diese Schwierigkeiten überwunden werden könnten, indem z.B. in solchen Fällen ausnahmsweise die Trennung der Erteilungsverfahren vorgeesehen wird.

17. Hinsichtlich der Möglichkeit, diese Lösung auf Entscheidungen anzuwenden, die von Gerichten der Nichtvertragsstaaten erlassen werden, wurde bemerkt, dass der Betreffende zunächst die Anerkennung der Entscheidung in einem benannten Vertragsstaat erwirken müsste, um sich in bezug auf diesen Staat und die übrigen benannten Staaten, die die Entscheidungen dieses Staats anerkennen, darauf berufen zu können. Ein solches Verfahren ist in Wirklichkeit weniger kompliziert als es möglicherweise den Anschein hat, denn es genügt - zumindest in den Mitgliedstaaten der EWG, die durch ein Uebereinkommen über die gegenseitige Anerkennung der Entscheidungen in Zivilsachen gebunden sind, - die Anerkennung der Entscheidung in einem dieser Staaten zu erwirken.

18. Eine Delegation hat eine andere Lösungsmöglichkeit aufgezeigt: Ergibt sich vor dem Europäischen Patentamt eine Streitsache über das Recht des Anmelders auf Erlangung des Patents, so befasst es hiermit das zuständige nationale Gericht, das durch Verweisungsregeln bestimmt wird, die im Uebereinkommen vorzusehen sind, und unterbricht das Erteilungsverfahren.

19. Bei den vorstehend kurz dargelegten Beratungen über Lösungsmöglichkeiten sind ausserdem von einigen Delegationen allgemeine Bemerkungen zu dieser Frage gemacht worden.

Es wurde bemerkt, dass in Anbetracht der einzuhaltenden Fristen die Anzahl der Streitfälle über das Recht auf Erlangung des Patents, die während der Phase des Patenterteilungsverfahrens zu einer rechtskräftigen Entscheidung führen könnten, nicht überschätzt werden dürften.

Die Gruppe war jedoch der Ansicht, dass im Uebereinkommen eine entsprechende Bestimmung vorzusehen sei.

Ferner wurde darauf hingewiesen, dass im Rahmen des zweiten Uebereinkommens eine einheitliche Lösung bezüglich der Rechte gefunden werden muss, die der berechtigten Person gegenüber dem nichtberechtigten Inhaber eines Gemeinschaftspatents zuzuerkennen sind. Selbst wenn diese Lösung so ausgedehnt werden könnte, dass sie auch auf europäische Patentanmeldungen in bezug auf die Staaten, die dem zweiten Uebereinkommen angehören (EWG-Staaten und gegebenenfalls die Staaten, die ihren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften beantragt haben), Anwendung findet, so bliebe das Problem in vollem Umfang in den Fällen bestehen, in denen in der Anmeldung ausserdem andere Vertragsstaaten des ersten Uebereinkommens genannt sind.

20. Der Vorsitzende stellte zum Abschluss des Meinungsaustauschs fest, dass sich die Gruppe wohl zu einer Lösung hin orientiere, die der vorstehend dargelegten dritten Lösung entspreche.

B) TRAGWEITE DER RECHTE, DIE EINER PERSON ZUZUERKENNEN SIND, DEREN RECHT AUF ERLANGUNG EINES EUROPÄISCHEN PATENTS FESTGESTELLT WORDEN IST

21. Geht man davon aus, dass das Problem des Rechts auf Erlangung des europäischen Patents in Artikel 15 Absatz 1 des Uebereinkommens geregelt ist, so erhebt sich die Frage, welche Tragweite die Rechte haben sollen, die der Person zuzuerkennen sind, deren Anspruch auf Erlangung dieses Rechts festgestellt worden ist. Das Problem erhebt sich in bezug auf:

- a) das Stadium des Erteilungsverfahrens,
- b) das Stadium des Einspruchsverfahrens,
- c) die Nichtigkeitsklagen gegen ein erteiltes Patent.

- a) Tragweite der Rechte während des Erteilungsverfahrens, die der Person zuzuerkennen sind, die zur Erlangung eines europäischen Patents berechtigt ist, wenn die Anmeldung von einer nichtberechtigten Person eingereicht wurde (Artikel 16)

22. Das einzige Recht, über das derzeit der Berechtigte gemäss Artikel 16 verfügt, besteht darin, eine neue Anmeldung einzureichen, da die frühere Anmeldung von diesem Zeitpunkt an als zurückgenommen gilt. (Die Frage, ob die neue Anmeldung für alle Staaten gilt, die in der früheren Anmeldung benannt sind, oder nur für diejenigen, in denen die Entscheidung Wirkung hat oder anerkannt worden ist, hängt von der Lösung ab, die für das unter Buchstabe A aufgeworfene Problem gewählt wird).

Die Gruppe hat sich vorbehalten, später die von mehreren Delegationen befürwortete Möglichkeit zu prüfen, dem Berechtigten weitere Rechte zu eröffnen, insbesondere das Recht, die frühere Anmeldung zu übernehmen, oder zu verlangen, dass die von einem Nichtberechtigten bereits eingereichte Anmeldung zurückgewiesen wird.

- b) Tragweite der Rechte während des Einspruchsverfahrens, die der Person zuzuerkennen sind, die zur Erlangung eines Europäischen Patents berechtigt ist, wenn das Patent einem Nichtberechtigten erteilt worden ist (Artikel 101 a)

23. Die Gruppe prüfte die Frage, ob es möglich ist, in Artikel 101 a die widerrechtliche Entnahme der Erfindung als einen der Einspruchsgründe vorzusehen. Es wurde bemerkt, dass eine solche Möglichkeit ausgeschlossen werden müsste, da das Europäische Patentamt über einen Einspruch nur dann befinden könnte, wenn es um die Patentierbarkeit der Erfindung gehe. Die Aufnahme der widerrechtlichen Entnahme als Einspruchsgrund hätte zur Folge, dass das Europäische Patentamt beauftragt würde, über Fragen im Bereiche des geistigen Eigentums zu entscheiden, was alle diejenigen Nachteile und Einwände zur Folge hätte, die in diesem Zusammenhang hinsichtlich des Erteilungsverfahrens dargelegt worden sind. Bei einer Entscheidung über eine solche Frage liefe man im übrigen Gefahr, dass sie nicht in allen benannten Staaten anerkannt wird, was der Konzeption der Einheitlichkeit des Einspruchsverfahrens zuwiderliefe.

24. Einige Delegationen gaben zu überlegen, ob die Lösung, die für Artikel 16 gewählt wurde, nicht auf die Phase des Einspruchs ausgedehnt werden könnte. Es wurden insbesondere zwei Lösungen erörtert:

- Berufet sich während des Einspruchsverfahrens eine Person vor dem Europäischen Patentamt auf eine rechtskräftige Entscheidung, so tritt sie bis zum Abschluss des Verfahrens mit Wirkung für alle benannten Staaten, oder, je nach Lage des Falles, nur mit Wirkung für die Staaten, in denen die Entscheidung anerkannt worden ist, an die Stelle des Patentinhabers.
- Das Europäische Patentamt könnte befugt werden, dass es für den Fall, dass es mit der Frage befasst wird, das Einspruchsverfahren so lange aussetzen kann, bis das zuständige nationale Gericht hierüber entschieden hat.

c) Zweckmäßigkeit, die widerrechtliche Aneignung des Rechts auf Erlangung eines europäischen Patents als Nichtigkeitsgrund für das erteilte Patent vorzusehen (Artikel 133)

25. Die Gruppe hat die Frage geprüft, ob in Artikel 133 des Uebereinkommens die widerrechtliche Aneignung des Rechts auf Erlangung eines Patents als ein zusätzlicher Nichtigkeitsgrund vorgesehen werden sollte.

In Ermangelung eines solchen Nichtigkeitsgrunds im Uebereinkommen kann die Person, die von der Rechtsanmassung betroffen ist, vom nationalen Gericht die Anerkennung ihres Rechts und nach der Erteilung des Patents folglich dessen Uebertragung erwirken; sie kann jedoch nicht auf dem Rechtswege die Nichtigkeit eines europäischen Patents verlangen, indem sie als Grund anführt, dass der Inhaber zur Erlangung des Patents nicht berechtigt war. Der Betreffende könnte demzufolge nicht erwirken, dass das Patent für von Anfang an als nichtig erklärt wird.

Einige Delegationen erklärten, sie würden die Bedeutung dieses Aspekts zwar nicht verkennen, doch wären die Folgen, die sich in der Praxis aus dem Fehlen eines solchen Nichtigkeitsgrundes im Uebereinkommen ergäben, verhältnismässig begrenzt, da dem Berechtigten die nationalen Wege offenstünden, um die Anerkennung des Rechts auf das Patent zu erwirken; der Berechtigte kann sodann darauf verzichten, so dass die Erfindung von diesem Zeitpunkt an frei wird.

Die Gruppe ist in dieser Frage vorerst zu keinem Ergebnis gelangt.

II

Nummer 1 zu Artikel 63 (Verfahren bei Rechtshilfeersuchung)

26. Die Gruppe hat sich mit einem Vorschlag der französischen Delegation und der Delegation des Vereinigten Königreichs grundsätzlich einverstanden erklärt, wonach die in Absatz 3 dieses Artikels enthaltene Verweisung durch den gesamten Text derjenigen Artikel des Haager Uebereinkommens über den Zivilprozess ersetzt werden sollen, die sich auf das Rechtshilfeersuchen beziehen.

Da jedoch das Haager Uebereinkommen über den Zivilprozess vom 1. März 1954, auf das in dem zur Prüfung vorliegenden Artikel verwiesen wird, durch das am 18. März 1970 geschlossene Haager Uebereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen revidiert worden ist, vertrat die Gruppe die Ansicht, dass es zweckmässig wäre, den Wortlaut der Bestimmungen betreffend die Rechtshilfeersuchung in ihrer jüngsten Fassung zu übernehmen.

Die Gruppe hat das Sekretariat beauftragt, den Wortlaut der betreffenden Artikel des Haager Uebereinkommens von 1970 zu verteilen; diese Artikel sind in der Anlage I wiedergegeben. Es wurde vereinbart, die Frage in der Oktober-Sitzung weiter-zuprüfen.

III

Artikel 136 (Beweisaufnahme)

27. Der Gruppe lagen zwei Vorschläge vor: ein Vorschlag der französischen Delegation (Dok. BR/GT I/115/71, Anlage I, Seiten 20 bis 22) und einer der deutschen Delegation (Dok. BR/GT I/114/71, Seiten 5 und 6).

Die Gruppe konzentrierte sich auf den zweiten Vorschlag, mit dem eine erhebliche Aenderung der Konzeption dieses Artikels angestrebt wurde.

28. Zu Absatz 1 beschloss die Gruppe folgendes;

- a) Nicht nur die am Verfahren Beteiligten, sondern auch das Europäische Patentamt müssen sich der Beweismittel bedienen können.
- b) Der Beweismittelkatalog darf keine erschöpfende Aufzählung sein.

- c) Beweismittel ist nicht das persönliche Erscheinen, sondern die Vernehmung der Beteiligten.
- d) Der Katalog wird durch Aufnahme der eidesstattlichen Erklärung erweitert.

29. In der Frage der Einzelheiten für die Vernehmung der Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen gelangte die Gruppe zu folgenden Ergebnissen:

- a) Das Europäische Patentamt kann die Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen zur Vernehmung vorladen; falls das Amt es jedoch nicht für erforderlich hält, dass die betreffenden Personen am Sitz des Amtes erscheinen, kann es durch ein Rechtshilfeersuchen die zuständigen Gerichte des Wohnsitzes um die Vernehmung dieser Personen bitten, deren Aussage gegebenenfalls beeidigt wird.
- b) Die vor das Europäische Patentamt geladenen Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen müssen verlangen können, dass sie nicht vor dem Amt zu erscheinen brauchen, sondern durch die Gerichte ihres Wohnsitzes vernommen werden.

Mit dieser Fassung der Vorschrift war es nicht notwendig, im Uebereinkommen das Verweigerungsrecht der Zeugen zu regeln, da in diesem Falle das einschlägige nationale Recht zur Anwendung gelangt.

Eine Delegation machte darauf aufmerksam, dass es bei dieser Regelung in den meisten Fällen nicht möglich wäre, die Zeugen oder Sachverständigen wie bei der Vernehmung vor dem Europäischen Patentamt unmittelbar zu befragen.

- c) Durch Mehrheitsbeschluss wurde von der Gruppe der Absatz 3 (Beeidigung von Zeugen und Sachverständigen bei Vernehmung durch das Amt) gestrichen. Es bestand Einvernehmen darüber, dass das Amt, sofern es dies für erforderlich hält, verlangen kann, dass eine Aussage vor dem für den Zeugen oder Sachverständigen zuständigen Gericht unter Eid wiederholt wird.

Die Gruppe zog diese Lösung der einfachen Bestätigung der vor dem Europäischen Patentamt gemachten Aussage durch Beeidigung vor dem nationalen Gericht vor, da aus dem Haager Uebereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen nicht eindeutig hervorgeht, ob eine solche Handlung, für sich allein genommen, als gerichtliche Handlung betrachtet werden und damit Gegenstand eines Rechtshilfeersuchens sein kann (dieser Text ist in der Anlage I enthalten).

Die Delegation des Vereinigten Königreichs legte gegen die gewählte Lösung einen Vorbehalt ein: Die Wiederholung der Aussage vor dem nationalen Gericht könnte zu einem Ergebnis führen, das - wenn auch nur in Nuancen - von dem bei der Vernehmung durch das Europäische Patentamt erzielten Ergebnis abweicht. Ausserdem handele es sich um eine Formalität, die für die Information des Europäischen Patentamts bedeutungslos sei. Schliesslich hatte die Delegation des Vereinigten Königreichs grundsätzliche Bedenken gegen die Möglichkeit, eine Aussage durch einen späteren Eid bestätigen zu lassen.

- d) Infolge des in Buchstabe d dargelegten Beschlusses kam die Gruppe überein, dass es dem Europäischen Patentamt nicht gestattet sein dürfe, gegen einen Zeugen oder Sachverständigen, der trotz ordnungsgemässer Ladung nicht erschienen ist, eine Geldbasse zu verhängen. Die Zwangsmittel im Falle der Weigerung, vor einem nationalen Gericht zu erscheinen, richten sich nach den nationalen Rechtsvorschriften des zuständigen Gerichts. Absatz 4 wurde daher gestrichen.
- e) Aufgrund des in Buchstabe c dargelegten Beschlusses strich die Gruppe durch Mehrheitsbeschluss auch Absatz 5 (strafrechtliche Verfolgung der vor dem Europäischen Patentamt begangenen Eidesverletzungen durch die Vertragsstaaten). Eine von einem Zeugen oder Sachverständigen vor einem nationalen Gericht begangene Eidesverletzung wird nach den Rechtsvorschriften des betreffenden Staates verfolgt; im Uebereinkommen braucht diese Strafverfolgung nicht vorgesehen zu werden.
- f) Die bei den Aussagen zu Fragen des Patentrechts verwendete Fachsprache ist besonders schwierig; wenn nun von der Möglichkeit, vor den Gerichten des Wohnsitzes auszusagen, allzu reichlich Gebrauch gemacht wird, könnte sich das Europäische Patentamt gezwungen sehen, nahezu ausschliesslich mit schriftlichen Unterlagen zu arbeiten, die von nationalen Richtern mit oft geringer Erfahrung auf diesem Gebiet angefertigt werden; daher wurde bemerkt, dass es der um die Vernehmung ersuchenden Stelle des Europäischen Patentamts möglich sein müsste, eines ihrer Mitglieder an der Vernehmung durch das nationale Gericht teilnehmen zu lassen, wenn das Europäische Patentamt dies für zweckmässig hält; dieses Mitglied müsste berechtigt sein, Fragen an die Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen zu richten.

Einige Delegationen wiesen jedoch darauf hin, dass eine solche Bestimmung weit über die Bestimmungen des Haager Uebereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen hinausginge; in diesem Uebereinkommen werde nämlich die Teilnahme des Mitglieds einer ausländischen Gerichtsbarkeit von einer zustimmenden Erklärung des betreffenden Staates abhängig gemacht.

Aufgrund dieses Hinweises kam die Gruppe überein, diese Frage erneut zu prüfen.

- g) Die Gruppe war sich dessen bewusst, dass für Beteiligte, Zeugen und Sachverständige aus Nichtvertragsstaaten auf keinen Fall die zwingenden Vorschriften gelten können, die für Beteiligte, Zeugen und Sachverständige der Vertragsstaaten vorgesehen sind. Praktisch dürften sich allerdings daraus keine Schwierigkeiten für die Beweisaufnahme durch die zuständigen Stellen des Europäischen Patentamts ergeben. Artikel 136 müsste allgemein genug gefasst werden, damit er gegebenenfalls von der dazu bereiten Gerichtsbarkeit eines Nichtvertragsstaats angewandt werden kann.

Nummer 1 zu Artikel 136 (Beweisaufnahme durch das Europäische Patentamt)

30. Nach einem Vorschlag der französischen Delegation sollte das Europäische Patentamt, wenn es eine Beweisaufnahme durchführt, die die Vernehmung der Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen oder die Einnahme des Augenscheins erforderlich macht, eine Entscheidung erlassen, in der die Einzelheiten der betreffenden Beweisaufnahme angegeben werden.

Einige Delegationen machten darauf aufmerksam, dass damit in das Verfahren eine rein formale Neuerung eingeführt würde und dass man sich von der Fassung des entsprechenden Artikels der Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften entfernen würde, der der Abfassung dieser Vorschriften zugrundegelegt worden sei.

Dennoch wurde der Vorschlag der französischen Delegation von der Gruppe durch Mehrheitsbeschluss angenommen.

Nummer 3 zu Artikel 136 (Ladung zur Beweisaufnahme)

31. Die Gruppe beschloss einige Textänderungen, die sich unmittelbar aus der Änderung des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 136) ergeben.

Ausserdem kam die Gruppe überein, den Absatz 1 des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 145) in diesen Artikel einzuarbeiten.

Ferner beschloss die Gruppe, in diesem Artikel festzulegen, dass der vor das Europäische Patentamt geladene Zeuge oder Sachverständige ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden muss, dass er verlangen kann, von den Gerichten seines Wohnsitzes vernommen zu werden.

Nummer 4 zu Artikel 136 (Beauftragung von Sachverständigen)

32. Die Gruppe hielt es für zweckmässig, in diesem Artikel klarzustellen, dass nur die vom Europäischen Patentamt bestellten Sachverständigen gemeint sind.

33. Die Gruppe lehnte einen Vorschlag der französischen Delegation ab, durch den die Zahl der mit einer Begutachtung beauftragten Sachverständigen (einer oder drei) sowie die Einzelheiten für die Erstellung des Gutachtens durch drei Sachverständige festgelegt werden sollten.
34. Grundsätzlich war die Gruppe mit einem weiteren Vorschlag dieser Delegation einverstanden, wonach es den Beteiligten möglich sein müsse, einen Sachverständigen abzulehnen. Sie hielt es allerdings nicht für notwendig, diese Frage in der Ausführungsordnung im einzelnen zu regeln; die Festlegung des Grundsatzes wurde als ausreichend beachtet, da sich das Amt in seinen Entscheidungen bei Ablehnung eines Sachverständigen nach dem in den Vertragsstaaten allgemein gültigen Grundsätzen richten kann.
35. Aufgrund der Streichung von Artikel 136 Absatz 3 beschloss die Gruppe, hier den Buchstaben c im Absatz 2 ebenfalls zu streichen.

Nummer 5 zu Artikel 136 (Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen)

36. Aufgrund der in Artikel 136 für die Eidesleistung gewählten Lösung kam die Gruppe überein, hier den in eckigen Klammern stehenden Teil von Satz 1 und den gesamten Satz 2 als gegenstandslos zu betrachten und zu streichen.

Nummer 6 zu Artikel 136 (Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen)

37. Die Gruppe einigte sich auf eine redaktionelle Änderung des Absatzes 3.

38. Eine Delegation hatte die Frage nach der Verrechnung der Beträge aufgeworfen, die von den mit der Vernehmung betrauten nationalen Gerichten zur Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen gezahlt werden; es wurde festgestellt, dass dieses Problem im Rahmen des Artikels ... (Nr. 1 zu Artikel 63) gelöst werden wird, in dem der Inhalt des Artikels 14 des Haager Uebereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen übernommen wird (siehe auch oben Abschnitt II).

Nummer 7 zu Artikel 136 (Beweissicherung)

39. Die Delegation des Vereinigten Königreichs legte dar, warum sie für eine Streichung dieser Vorschrift eintrete. Im Patentwesen sei eine Bestimmung, wonach auf Antrag eine Beweisaufnahme erfolgen könne, noch bevor es feststehe, dass später ein Verfahren folgen werde, nicht nur überflüssig, sondern könne auch zum Nachteil des Anmelders von Dritten missbraucht werden. (So sei es beispielsweise möglich, Auskünfte über Tatsachen zu erhalten, die sonst geheim geblieben wären). Wenn die Bekanntgabe von Tatsachen vor Eröffnung eines Einspruchsverfahrens dringend erforderlich sei, könnten die daran interessierten Personen nach Veröffentlichung der Anmeldung von der durch Artikel 87 des Uebereinkommens gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen und vor dem Amt Erklärungen abgeben.

40. Die deutsche Delegation schlug vor, diesen Artikel beizubehalten, dessen Absatz 1 jedoch wie folgt zu fassen:

"(1) Das Europäische Patentamt kann auf Antrag zur Sicherung eines Beweises unbeschadet von Satz 2 unverzüglich eine Beweisaufnahme über Tatsachen vornehmen, die für eine Entscheidung

von Bedeutung sein können, die das Europäische Patentamt hinsichtlich einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents wahrscheinlich zu treffen hat, wenn zu besorgen ist, dass die Beweisaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt erschwert oder unmöglich sein wird. Der Termin zur Beweisaufnahme ist dem Anmelder so rechtzeitig mitzuteilen, dass er an der Beweisaufnahme teilnehmen kann."

41. Der Gruppe ist es wegen Zeitmangel nicht möglich gewesen, zu den genannten Vorschlägen Stellung zu nehmen.

42. Die Gruppe hat abschliessend den Redaktionsausschuss beauftragt, vorbehaltlich Artikel ... (Nr. 7 zu Artikel 136), die Bestimmungen auszuarbeiten, die sie auf der Grundlage der gefassten Beschlüsse geprüft hat, und ihr die Ergebnisse seiner Beratungen bis zur nächsten Sitzung zu unterbreiten.

Die dementsprechend vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteten Texte sind in Anlage II enthalten.

IV

Nummer 7 zu Artikel 145 (Unterbrechung des Verfahrens)

43. In bezug auf den Vorschlag, das Verfahren im Falle des Todes des berufsmässigen Vertreters zu unterbrechen, äusserten einige Delegationen Zweifel, ob es zweckmässig sei, eine solche Bestimmung vorzusehen, da das Europäische Patentamt gegebenenfalls die Fristen aufgrund des Artikels 141 verlängern könne.

Im Hinblick auf die sehr wichtige Stellung, welche die berufsmässigen Vertreter de facto oder sogar de jure in dem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt einnehmen, hat die Gruppe den deutschen Vorschlag mit dem Vorbehalt angenommen, gegebenenfalls ihren Beschluss im Lichte der Bemerkungen, die von den interessierten Kreisen vorgebracht werden könnten, zu überprüfen.

Die Gruppe war der Ansicht, dass die angenommene Lösung unterschiedslos für alle berufsmässigen Vertreter gelten sollte, d.h. für die obligatorische und die fakultative Vertretung, damit Anmelder der Vertragsstaaten und Anmelder dritter Länder gleich behandelt würden.

Bei den Beratungen des Redaktionausschusses stellte sich die Frage, ob das Verfahren nicht auch im Fall der Handlungsunfähigkeit des berufsmässigen Vertreters unterbrochen werden soll. Eine solche Möglichkeit könnte jedoch praktische Schwierigkeiten bei der Herbeiführung der Unterbrechung zur Folge haben. Die Gruppe beschloss, die Prüfung dieser Fragen bis zur Sitzung im Oktober 1971 zurückzustellen und dann anhand eines Vorschlags zu untersuchen, um den die deutsche Delegation gebeten worden ist.

44. Im Zusammenhang mit einer weiteren Frage der deutschen Delegation, die in bezug auf die Stichhaltigkeit des Hinweises in Absatz 1 Buchstabe b auf ein "anderes gerichtliches Verfahren" neben dem der "Eröffnung des Konkurses" aufgeworfen wurde, stellten die französische und die britische Delegation fest, dass es nach dem Recht ihrer Länder tatsächlich noch andere gerichtliche Verfahren als das des Konkurses gebe, die "der gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger aus dem Vermögen" des Schuldners dienen. Solche Verfahren könnte es übrigens auch nach dem nationalen Recht anderer Teilnehmerstaaten der Konferenz geben. Die britische

Delegation erklärte ferner, dass einige aussergerichtliche Verfahren, die es nach britischem Recht gebe, von der betreffenden Bestimmung erfasst werden müssten; die Gruppe erklärte sich daraufhin mit einer Aenderung dieser Bestimmung in dem Sinne einverstanden, dass als Kriterium lediglich der wirklich entscheidende Faktor berücksichtigt wird, der Umstand nämlich, dass es dem Anmelder oder Inhaber eines europäischen Patents aufgrund eines sein Vermögen betreffenden Verfahrens rechtlich nicht möglich ist, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt fortzusetzen.

45. Der vom Redaktionsausschuss ausgearbeitete vorläufige Text dieses Artikels ist in Anlage III enthalten.
-

ANNEXE I

CONVENTION SUR L'OBTENTION DES PRÉJUDICES A L'ÉTRANGER EN MATIÈRE CIVILE OU COMMERCIALE

(Conclue le 18 mars 1970)

Les Etats signataires de la présente Convention,
Désirant faciliter la transmission et l'exécution des commissions
rogatoires et promouvoir le rapprochement des diverses méthodes
qu'ils utilisent à ces fins,

Soucieux d'accroître l'efficacité de la coopération judiciaire mu-
tuelle en matière civile ou commerciale,

Ont résolu de conclure une Convention à ces effets et sont
convenus des dispositions suivantes:

CHAPITRE I - COMMISSIONS ROGATOIRES

Article premier

En matière civile ou commerciale, l'autorité judiciaire d'un Etat
contractant peut, conformément aux dispositions de sa législation,
demander par commission rogatoire à l'autorité compétente d'un
autre Etat contractant de faire tout acte d'instruction, ainsi que
d'autres actes judiciaires.

Un acte d'instruction ne peut pas être demandé pour permettre
aux parties d'obtenir des moyens de preuves qui ne soient pas destinés
à être utilisés dans une procédure engagée ou future.

L'expression «autres actes judiciaires» ne vise ni la signification
ou la notification d'actes judiciaires, ni les mesures conservatoires ou
d'exécution.

Article 2

Chaque Etat contractant désigne une Autorité centrale qui assume
la charge de recevoir les commissions rogatoires émanant d'une
autorité judiciaire d'un autre Etat contractant et de les transmettre à
l'autorité compétente aux fins d'exécution. L'Autorité centrale est
organisée selon les modalités prévues par l'Etat requis.

Les commissions rogatoires sont transmises à l'Autorité centrale
de l'Etat requis sans intervention d'une autre autorité de cet Etat.

Article 3

La commission rogatoire contient les indications suivantes:

- a) l'autorité requérante et, si possible, l'autorité requise;
- b) l'identité et l'adresse des parties et, le cas échéant, de leurs repré-
sentants;
- c) la nature et l'objet de l'instance et un exposé sommaire des faits;
- d) les actes d'instruction ou autres actes judiciaires à accomplir.
Le cas échéant, la commission rogatoire contient en outre:
 - e) les nom et adresse des personnes à entendre;
 - f) les questions à poser aux personnes à entendre ou les faits sur les-
quels elles doivent être entendues;
 - g) les documents ou autres objets à examiner;
 - h) la demande de recevoir la déposition sous serment ou avec
affirmation et, le cas échéant, l'indication de la formule à utiliser;
 - i) les formes spéciales dont l'application est demandée conformé-
ment à l'article 9.

(1) Extrait du texte édité par le Bureau
permanent de la Conférence de La Haye
de Droit International Privé -
Martinus Nijhoff - La Haye - 1970.

La commission rogatoire mentionne aussi, s'il y a lieu, les renseignements nécessaires à l'application de l'article 11.

Aucune légalisation ni formalité analogue ne peut être exigée.

Article 4

La commission rogatoire doit être rédigée dans la langue de l'autorité requise ou accompagnée d'une traduction faite dans cette langue.

Toutefois, chaque Etat contractant doit accepter la commission rogatoire rédigée en langue française ou anglaise, ou accompagnée d'une traduction dans l'une de ces langues, à moins qu'il ne s'y soit opposé en faisant la réserve prévue à l'article 33.

Tout Etat contractant qui a plusieurs langues officielles et ne peut, pour des raisons de droit interne, accepter les commissions rogatoires dans l'une de ces langues pour l'ensemble de son territoire, doit faire connaître, au moyen d'une déclaration, la langue dans laquelle la commission rogatoire doit être rédigée ou traduite en vue de son exécution dans les parties de son territoire qu'il a déterminées. En cas d'inobservation sans justes motifs de l'obligation découlant de cette déclaration, les frais de la traduction dans la langue exigée sont à la charge de l'Etat requérant.

Tout Etat contractant peut, au moyen d'une déclaration, faire connaître la ou les langues autres que celles prévues aux alinéas précédents dans lesquelles la commission rogatoire peut être adressée à son Autorité centrale.

Toute traduction annexée à une commission rogatoire doit être certifiée conforme, soit par un agent diplomatique ou consulaire, soit par un traducteur assermenté ou juré, soit par toute autre personne autorisée à cet effet dans l'un des deux Etats.

Article 5

Si l'Autorité centrale estime que les dispositions de la Convention n'ont pas été respectées, elle en informe immédiatement l'autorité de l'Etat requérant qui lui a transmis la commission rogatoire, en précisant les griefs articulés à l'encontre de la demande.

Article 6

En cas d'incompétence de l'autorité requise, la commission rogatoire est transmise d'office et sans retard à l'autorité judiciaire compétente du même Etat suivant les règles établies par la législation de celui-ci.

Article 7

L'autorité requérante est, si elle le demande, informée de la date et du lieu où il sera procédé à la mesure sollicitée, afin que les parties intéressées et, le cas échéant, leurs représentants puissent y assister. Cette communication est adressée directement auxdites parties ou à leurs représentants, lorsque l'autorité requérante en a fait la demande.

Article 8

Tout Etat contractant peut déclarer que des magistrats de l'autorité requérante d'un autre Etat contractant peuvent assister à l'exécution d'une commission rogatoire. Cette mesure peut être soumise à l'autorisation préalable de l'autorité compétente désignée par l'Etat déclarant.

Article 9

L'autorité judiciaire qui procède à l'exécution d'une commission rogatoire, applique les lois de son pays en ce qui concerne les formes à suivre.

Toutefois, il est déferé à la demande de l'autorité requérante tendant à ce qu'il soit procédé suivant une forme spéciale, à moins que celle-ci ne soit incompatible avec la loi de l'Etat requis, ou que son application ne soit pas possible, soit en raison des usages judiciaires de l'Etat requis, soit de difficultés pratiques.

La commission rogatoire doit être exécutée d'urgence.

Article 10

En exécutant la commission rogatoire, l'autorité requise applique les moyens de contrainte appropriés et prévus par sa loi interne dans les cas et dans la même mesure où elle y serait obligée pour l'exécution d'une commission des autorités de l'Etat requis ou d'une demande formulée à cet effet par une partie intéressée.

Article 11

La commission rogatoire n'est pas exécutée pour autant que la personne qu'elle vise invoque une dispense ou une interdiction de déposer, établies:

- a) soit par la loi de l'Etat requis; ou
- b) soit par la loi de l'Etat requérant et spécifiées dans la commission rogatoire ou, le cas échéant, attestées par l'autorité requérante à la demande de l'autorité requise.

En outre, tout Etat contractant peut déclarer qu'il reconnaît de telles dispenses et interdictions établies par la loi d'autres Etats que l'Etat requérant et l'Etat requis, dans la mesure spécifiée dans cette déclaration.

Article 12

L'exécution de la commission rogatoire ne peut être refusée que dans la mesure où:

- a) l'exécution, dans l'Etat requis, ne rentre pas dans les attributions du pouvoir judiciaire; ou
- b) l'Etat requis la juge de nature à porter atteinte à sa souveraineté ou à sa sécurité.

L'exécution ne peut être refusée pour le seul motif que la loi de l'Etat requis revendique une compétence judiciaire exclusive dans l'affaire en cause ou ne connaît pas de voies de droit répondant à l'objet de la demande portée devant l'autorité requérante.

Article 13

Les pièces constatant l'exécution de la commission rogatoire sont transmises par l'autorité requise à l'autorité requérante par la même voie que celle utilisée par cette dernière.

Lorsque la commission rogatoire n'est pas exécutée en tout ou en partie, l'autorité requérante en est informée immédiatement par la même voie et les raisons lui en sont communiquées.

Article 14

L'exécution de la commission rogatoire ne peut donner lieu au remboursement de taxes ou de frais, de quelque nature que ce soit.

Toutefois, l'Etat requis a le droit d'exiger de l'Etat requérant le remboursement des indemnités payées aux experts et interprètes et des frais résultant de l'application d'une forme spéciale demandée par l'Etat requérant, conformément à l'article 9, alinéa 2.

L'autorité requise, dont la loi laisse aux parties le soin de réunir les preuves et qui n'est pas en mesure d'exécuter elle-même la commission rogatoire, peut en charger une personne habilitée à cet effet, après avoir obtenu le consentement de l'autorité requérante. En demandant celui-ci, l'autorité requise indique le montant approximatif des frais qui résulteraient de cette intervention. Le consentement implique pour l'autorité requérante l'obligation de rembourser ces frais. A défaut de celui-ci, l'autorité requérante n'est pas redevable de ces frais.

ANNEX I

THE CONVENTION ON THE TAKING OF EVIDENCE ABROAD IN CIVIL OR COMMERCIAL MATTERS (1)

(Concluded March 18, 1970)

The States signatory to the present Convention,

Desiring to facilitate the transmission and execution of Letters of Request and to further the accommodation of the different methods which they use for this purpose,

Desiring to improve mutual judicial co-operation in civil or commercial matters,

Have resolved to conclude a Convention to this effect and have agreed upon the following provisions:

CHAPTER I - LETTERS OF REQUEST

Article 1

In civil or commercial matters a judicial authority of a Contracting State may, in accordance with the provisions of the law of that State, request the competent authority of another Contracting State, by means of a Letter of Request, to obtain evidence, or to perform some other judicial act.

A Letter shall not be used to obtain evidence which is not intended for use in judicial proceedings, commenced or contemplated.

The expression 'other judicial act' does not cover the service of judicial documents or the issuance of any process by which judgments or orders are executed or enforced, or orders for provisional or protective measures.

Article 2

A Contracting State shall designate a Central Authority which will undertake to receive Letters of Request coming from a judicial authority of another Contracting State and to transmit them to the authority competent to execute them. Each State shall organize the Central Authority in accordance with its own law.

Letters shall be sent to the Central Authority of the State of execution without being transmitted through any other authority of that State.

Article 3

A Letter of Request shall specify—

- a) the authority requesting its execution and the authority requested to execute it, if known to the requesting authority;
- b) the names and addresses of the parties to the proceedings and their representatives, if any;
- c) the nature of the proceedings for which the evidence is required, giving all necessary information in regard thereto;
- d) the evidence to be obtained or other judicial act to be performed. Where appropriate, the Letter shall specify, *inter alia*—
 - e) the names and addresses of the persons to be examined;
 - f) the questions to be put to the persons to be examined or a statement of the subject-matter about which they are to be examined;
 - g) the documents or other property, real or personal, to be inspected;
 - h) any requirement that the evidence is to be given on oath or affirmation, and any special form to be used;
 - i) any special method or procedure to be followed under Article 9.

(1) Extract from the text edited by
the Permanent Bureau of the Hague
Conference on International
Private Law - Martinus Nijhoff -
The Hague - 1970.

A Letter may also mention any information necessary for the application of Article 11.

No legalization or other like formality may be required.

Article 4

A Letter of Request shall be in the language of the authority requested to execute it or be accompanied by a translation into that language.

Nevertheless, a Contracting State shall accept a Letter in either English or French, or a translation into one of these languages, unless it has made the reservation authorized by Article 33.

A Contracting State which has more than one official language and cannot, for reasons of internal law, accept Letters in one of these languages for the whole of its territory, shall, by declaration, specify the language in which the Letter or translation thereof shall be expressed for execution in the specified parts of its territory. In case of failure to comply with this declaration, without justifiable excuse, the costs of translation into the required language shall be borne by the State of origin.

A Contracting State may, by declaration, specify the language or languages other than those referred to in the preceding paragraphs, in which a Letter may be sent to its Central Authority.

Any translation accompanying a Letter shall be certified as correct, either by a diplomatic officer or consular agent or by a sworn translator or by any other person so authorized in either State.

Article 5

If the Central Authority considers that the request does not comply with the provisions of the present Convention, it shall promptly inform the authority of the State of origin which transmitted the Letter of Request, specifying the objections to the Letter.

Article 6

If the authority to whom a Letter of Request has been transmitted is not competent to execute it, the Letter shall be sent forthwith to the authority in the same State which is competent to execute it in accordance with the provisions of its own law.

Article 7

The requesting authority shall, if it so desires, be informed of the time when, and the place where, the proceedings will take place, in order that the parties concerned, and their representatives, if any, may be present. This information shall be sent directly to the parties or their representatives when the authority of the State of origin so requests.

Article 8

A Contracting State may declare that members of the judicial personnel of the requesting authority of another Contracting State may be present at the execution of a Letter of Request. Prior authorization by the competent authority designated by the declaring State may be required.

XX TAKING OF EVIDENCE

157

Article 9

The judicial authority which executes a Letter of Request shall apply its own law as to the methods and procedures to be followed.

However, it will follow a request of the requesting authority that a special method or procedure be followed, unless this is incompatible with the internal law of the State of execution or is impossible of performance by reason of its internal practice and procedure or by reason of practical difficulties.

A Letter of Request shall be executed expeditiously.

Article 10

In executing a Letter of Request the requested authority shall apply the appropriate measures of compulsion in the instances and to the same extent as are provided by its internal law for the execution of orders issued by the authorities of its own country or of requests made by parties in internal proceedings.

Article 11

In the execution of a Letter of Request the person concerned may refuse to give evidence in so far as he has a privilege or duty to refuse to give the evidence—

- a) under the law of the State of execution; or
- b) under the law of the State of origin, and the privilege or duty has been specified in the Letter, or, at the instance of the requested authority, has been otherwise confirmed to that authority by the requesting authority.

A Contracting State may declare that, in addition, it will respect privileges and duties existing under the law of States other than the State of origin and the State of execution, to the extent specified in that declaration.

Article 12

The execution of a Letter of Request may be refused only to the extent that—

- a) in the State of execution the execution of the Letter does not fall within the functions of the judiciary; or
- b) the State addressed considers that its sovereignty or security would be prejudiced thereby.

Execution may not be refused solely on the ground that under its internal law the State of execution claims exclusive jurisdiction over the subject-matter of the action or that its internal law would not admit a right of action on it.

Article 13

The documents establishing the execution of the Letter of Request shall be sent by the requested authority to the requesting authority by the same channel which was used by the latter.

In every instance where the Letter is not executed in whole or in part, the requesting authority shall be informed immediately through the same channel and advised of the reasons.

Article 14

The execution of the Letter of Request shall not give rise to any reimbursement of taxes or costs of any nature.

XX TAKING OF EVIDENCE

159

Nevertheless, the State of execution has the right to require the State of origin to reimburse the fees paid to experts and interpreters and the costs occasioned by the use of a special procedure requested by the State of origin under Article 9, paragraph 2.

The requested authority whose law obliges the parties themselves to secure evidence, and which is not able itself to execute the Letter, may, after having obtained the consent of the requesting authority, appoint a suitable person to do so. When seeking this consent the requested authority shall indicate the approximate costs which would result from this procedure. If the requesting authority gives its consent it shall reimburse any costs incurred; without such consent the requesting authority shall not be liable for the costs.

Artikel 136

Beweisaufnahme

(1) In den Verfahren vor einer Prüfungsabteilung, einer Einspruchsabteilung oder einer Beschwerdekammer sind insbesondere folgende Beweismittel zulässig:

- a) Vernehmung der Beteiligten;
- b) Einholung von Auskünften und Vorlegung von Urkunden;
- c) Vernehmung von Zeugen;
- d) Begutachtung durch Sachverständige;
- e) Einnahme des Augenscheins;
- f) Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung.

(2) unverändert gegenüber dem gedruckten Zweiten Vorentwurf eines Uebereinkommens - 1971

- (3) (
- (4) { - gestrichen -
- (5) (

(6) Hält das Europäische Patentamt die mündliche Vernehmung eines Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen für erforderlich, so wird

- a) der Betroffene zu einer Vernehmung vor dem Europäischen Patentamt geladen oder
- b) das nach Artikel 63 zuständige Gericht des Staates, in dem der Betroffene seinen Wohnsitz hat, ersucht, den Betroffenen zu vernehmen.

Artikel 136

(7) Ein nach Absatz 6 Buchstabe a geladener Beteiligter, Zeuge oder Sachverständige kann beim Europäischen Patentamt beantragen, dass er vor einem zuständigen Gericht im Wohnsitzstaat vernommen wird. Nach Erhalt eines solchen Antrags oder falls innerhalb der vom Europäischen Patentamt in der Ladung festgesetzten Frist keine Äusserung auf die Ladung erfolgt ist, kann das Europäische Patentamt gemäss Artikel 63 das zuständige Gericht ersuchen, den Betroffenen zu vernehmen.

(8) Hält das Europäische Patentamt die Beeidigung eines von ihm vernommenen Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen für zweckmässig, so kann es das zuständige Gericht im Wohnsitzstaat des Betroffenen um Wiederholung der Vernehmung und um Beeidigung ersuchen.

(9) Ersucht das Europäische Patentamt das zuständige Gericht um Vernehmung, so kann es das Gericht ersuchen, die Aussage zu beeiden und es einem Mitglied des betreffenden Organs gestatten, der Vernehmung beizuwohnen und Fragen an die Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen zu richten.

Zu Artikel 136

Nummer 1

Beweisaufnahme durch das Europäische Patentamt

Hält das Europäische Patentamt die Vernehmung von Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen oder eine Augenscheinsaufnahme für erforderlich, so erlässt es eine entsprechende Entscheidung, in der das betreffende Beweismittel, die rechtserheblichen Tatsachen sowie Tag, Uhrzeit und Ort angegeben werden. Hat ein Beteiligter die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen beantragt, so wird in der Entscheidung des Europäischen Patentamts die Frist festgesetzt, in der der antragstellende Beteiligte dem Patentamt Name und Anschrift der Zeugen und Sachverständigen mitteilen muss, die er zu vernehmen lassen wünscht.

Zu Artikel 136

Nummer 3

Ladung zur Beweisaufnahme⁽¹⁾

(1) Die Ladung an Beteiligte, Zeugen oder Sachverständige muss einen Auszug aus der Entscheidung nach Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 136) enthalten, aus dem insbesondere Tag, Uhrzeit und Ort der angeordneten Beweisaufnahme sowie die Tatsachen hervorgehen, über die die Zeugen und Sachverständigen vernommen werden sollen. Die Ladungsfrist beträgt mindestens einen Monat, sofern die Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen nicht mit einer kürzeren Frist einverstanden sind.

(2) Ausser den Angaben nach Absatz 1 muss die Ladung die am Verfahren Beteiligten sowie die Ansprüche angeben, die den Zeugen und Sachverständigen aufgrund des Artikels ... (Nummer 6 zu Artikel 136) zustehen.

(3) Die Ladung enthält einen Hinweis darauf, dass der Beteiligte, Zeuge oder Sachverständige seine Vernehmung durch das zuständige Gericht seines Wohnsitzstaats verlangen kann, sowie eine Aufforderung, dem Europäischen Patentamt innerhalb einer von diesem festgesetzten Frist mitzuteilen, ob er bereit ist, vor dem Amt zu erscheinen.

(1) Bei einer neuen Lesung des Textes ist dem Sekretariat aufgefallen, dass in Absatz 2 nicht auf Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 145) Absatz 2 Bezug genommen werden darf, dessen Inhalt gemäss dem Beschluss der Arbeitsgruppe nunmehr im vorliegenden Artikel geregelt wird. Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 145) wäre demnach ganz zu streichen.

Zu Artikel 136

Nummer 4

Beauftragung von Sachverständigen

(1) Das Europäische Patentamt entscheidet, in welcher Form das Gutachten des von ihm beauftragten Sachverständigen zu erstatten ist.

(2) Der Auftrag an den Sachverständigen muss enthalten:

- a) { unverändert gegenüber dem ge-
- b) { druckten Ersten Vorentwurf
- c) - gestrichen - { einer Ausführungsordnung - 1971
- d) {
- e) { unverändert gegenüber dem ge-
- (3) { druckten Ersten Vorentwurf
- { einer Ausführungsordnung - 1971

(4) Die Beteiligten können den Sachverständigen ablehnen. Das Organ des Europäischen Patentamts entscheidet über die Ablehnung. Es lässt sich bei seiner Entscheidung von den Grundsätzen leiten, die in den Vertragsstaaten allgemein anerkannt sind.

Zu Artikel 136

Nummer 5

Vernehmung von Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen

(1) Die Beteiligten können an der Beweisaufnahme teilnehmen und sachdienliche Fragen an die Zeugen und Sachverständigen richten.

(2) Beteiligte, Zeugen und Sachverständige werden vor ihrer Vernehmung darauf hingewiesen, dass sie beeidigt werden können und dass eine falsche Aussage strafrechtlich verfolgt werden kann.

Zu Artikel 136

Nummer 6

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen

- (1) (unverändert gegenüber dem ge-
- (2) (druckten Ersten Vorentwurf
- (2) (einer Ausführungsordnung - 1971

(3) Der Verwaltungsrat legt die Einzelheiten der Anwendung der Absätze 1 und 2 fest. Die Zahlung der nach den Absätzen 1 und 2 fälligen Beträge wird durch das Europäische Patentamt bewirkt.

Zu Artikel 145

Nummer 1

Ladung

- gestrichen -

Zu Artikel 145

Nummer 7

Unterbrechung des Verfahrens

(1) Das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt wird unterbrochen:

- a) unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten Vor-
entwurf einer Ausführungsordnung - 1971
- b) wenn der Anmelder oder Patentinhaber aufgrund eines gegen sein
Vermögen gerichteten Verfahrens aus rechtlichen Gründen ver-
hindert ist, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt
fortzusetzen;
- c) im Falle des Todes oder der Handlungsunfähigkeit des Ver-
treeters des Anmelders oder Inhabers des Patents.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt bekannt, wer in den
Fällen des Absatzes 1 Buchstaben a und b die Berechtigung er-
langt hat, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt fort-
zusetzen, so teilt es dieser Person und gegebenenfalls den
übrigen Beteiligten mit, dass das Verfahren nach Ablauf einer
von ihm zu bestimmenden Frist wieder aufgenommen wird.

(2a) (neu) - zurückgestellt -

Nummer 7 zu Artikel 145

(3) Die am Tag der Unterbrechung für den Anmelder oder Patentinhaber laufenden Fristen, mit Ausnahme der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags und der Frist für die Entrichtung der Jahresgebühren, beginnen an dem Tag von neuem zu laufen, an dem die Mitteilung nach Absatz 2 zugestellt wird. Erfolgt diese Mitteilung später als zwei Monate vor Ablauf der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags, so kann die nach Absatz 2 verfügbungsberechtigte Person einen Prüfungsantrag noch bis zum Ablauf von zwei Monaten nach der Mitteilung stellen.

(4) unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten Vorentwurf einer Ausführungsordnung - 1971
